

3. Stand der Diskussion und Forschung

Die zentrale Frage dieser Studie lautet, ob Akteure, die ökologische und/oder fair-soziale Produkte selbst herstellen, politische Zielsetzungen in Arbeitsprozessen verfolgen. Damit schließt die Studie an gleich mehrere Wissenschaftsfelder an – an die Arbeitssoziologie, Kultur- und Politikwissenschaft, aber auch an die Nachhaltigkeits- und Designforschung. Im Folgenden werden dazu die entsprechenden Forschungsstände aufgezeigt, die wiederum zum theoretischen Teil überleiten.

3.1 Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit

Seit nunmehr drei Jahrzehnten sind Subjektivierungs- und Entgrenzungsformen von Arbeit Gegenstand der arbeitssoziologischen Forschung. Ausgangspunkt sind der einsetzende Wertewandel ab den 1970er Jahren (vgl. Inglehart 1977) und entsprechende Veränderungen der modernen Arbeitswelt. Anfänglich wird dieser Wandel auf einen „Verlust der Arbeitsmotivation“ und eine tendenzielle „Auflösung des abendländischen Werterkanons“ zurückgeführt (Kleemann et al. 2003: 85). Im Anschluss verlagert sich die Perspektive auf die Zunahme individueller Bedürfnisse und Ansprüche an Arbeit. In der Regel wird dazu die bereits angesprochene *normative* Subjektivierung¹ von Martin Baethge (1991) zum Ausgangspunkt genommen.² *Normative* Subjektivierung meint, dass die Individuen Sinnkontakte und individuelle Bedürfnisse in Arbeitsprozessen geltend machen. Nach Baethge hat sich seit den 1970er Jahren eine Verschiebung (oder Ergänzung) von Werten der Pflichtzugehörigkeit hin zu neuen Ansprüchen an Selbstentfaltung und Sinnhaftigkeit in Arbeitsprozessen herausgeformt (vgl. Baethge 1991, 1994a, 1994b; siehe auch Kleemann et al. 2019: 170). Baethge zufolge waren es insbesondere die jüngeren

-
- 1 Betont werden muss, dass von Subjektivierung nicht erst im Kontext des arbeitssoziologischen Diskurses die Rede ist. Schon Foucault hat Subjektivierung in den 1970er Jahren in den Mittelpunkt seiner Überlegungen gestellt (vgl. Foucault 1983 [1977]; siehe dazu Moldaschl/Voß 2003: 16). Erst mit der *normativen* Subjektivierung hat sich jedoch eine eigenständige Forschungsrichtung entwickelt.
 - 2 Vgl. Baethge 1991, 1994a, 1994b; siehe auch Kleemann et al. 2003: 85; Voß/Weiß 2005; Manske 2007: 56; Minssen 2012: 118ff.; Nies 2015: 96; Kleemann et al. 2019: 173ff.

Arbeitskräfte, die bedingt durch den Wertewandel neue Ansprüche an Arbeit und Beruf stellen. Im Anschluss verlagerte sich der Fokus der Forschung auf betriebliche Strategien der Arbeitsorganisation, womit die verstärkte Selbstorganisation der Arbeitenden bei gleichzeitiger (indirekter) Kontrolle von Arbeitsergebnissen (vgl. Kleemann et al. 2019: 170) verbunden war – ins Zentrum rückte die Leistungsintensivierung von Arbeit. Seitdem stehen *Subjektivität* und *Subjektivierung* sowohl für Arbeits-Sinnkontexte als auch für eine „*Subjektivierung von Subjekten*“ (ebd.). Letzteres bedeutet, dass die Subjekte durch Strukturvorgaben, Leistungsanreize und Erfordernisse subjektiviert werden, wenn sie den Anforderungen der Arbeitswelt nachkommen.

Dazu lassen sich nach Kleemann et al. (2019) drei zentrale analytische Perspektiven auf die Arbeitssubjektivität unterscheiden: Erstens geht es um „veränderte Bezugnahmen und Ansprüche Erwerbstätiger im Sinne zunehmender subjektiver Ansprüche an die Arbeit“, worüber die in Kapitel 2.3 diskutierte *reklamierende* Subjektivität anschließt. Zweitens liegt das Forschungsinteresse auf dem „Wechselspiel von Entfaltungsansprüchen der Subjekte in der Arbeit mit dem (gezielten) betrieblichen Zugriff auf subjektive Leistungen und Potenziale der Beschäftigten“. Drittens stehen „gesellschaftliche Prozesse einer mentalen Prägung der Subjekte für entsprechende subjektivierte Arbeitsformen“ im Zentrum des Forschungsinteresses (ebd.: 170).

Dabei ist die *normative* Subjektivierung, um die es anfänglich ging, etwas aus dem Blick geraten. Der Forschungsschwerpunkt hat sich über die Jahre mehr auf die *aktive* Subjektivierung verlagert, worüber die Erfordernisse der modernen Arbeitswelt vorangestellt werden.³ *Aktive* Subjektivierung meint, dass sich Arbeitssubjekte „aktiv“ in Arbeitsprozesse einbringen (müssen) – sei es durch Vorgaben im Betrieb oder durch Flexibilisierungsprozesse, die Aktivierungen erfordern, so auch durch neue Selbstständigkeitsformen. In der Arbeitssoziologie werden diese Prozesse meist in Bezug zu Entgrenzungerscheinungen⁴ gesetzt, die durch das Auflösen klarer Grenzen von Zeit, Raum, Technik, Sozialorganisation, Arbeitsinhalt und Qualifikation gegenständlich werden⁵ – im Blickpunkt stehen neue Marktanforderungen und entsprechende Risiken, die daraus resultieren. Das gilt auch für den Diskurs um eine Ausweitung neuer „Grenzen der

3 In der Regel werden die *normative* und *aktive* Subjektivierung in der Soziologie unterschieden, sie können sich aber ergänzen. Nicht zuletzt ist die *reklamierende* Subjektivierung eine Form der *aktiven* Subjektivierung (vgl. Kleemann et al. 2003: 90; siehe auch Kapitel 2.3), der normative Sinnansprüche vorausgehen können – das wäre der Fall, wenn man sich in Arbeitsprozesse einbringen möchte und entsprechende Forderungen stellt, in dem Fall würde die *normative* als *reklamierende* Subjektivierung mit der *aktiven* zusammenfallen. In der Arbeitssoziologie überwiegt jedoch die Sicht, Prozesse der Aktivierung im Sinne der betrieblichen Verwertung voranzustellen. Demnach ist die Aktivierung keine arbeitsinhaltsliche Forderung oder Positionierung. Ins Zentrum rückt die Selbstrationalisierung (vgl. Nies 2015: 96ff.).

4 Nach Gerrit Herlyn et al. sind für den Entgrenzungsbegriff drei Entwicklungsstränge zentral: 1. Das Feld der Unternehmensorganisation; Entgrenzung bezieht sich hier auf die „zunehmende Flexibilisierung und Informalisierung von Arbeitszeiten“. 2. Die Beschäftigungsformen, so etwa durch die Zunahme von Teilzeitarbeit und Selbstständigkeitsformen sowie des Bedeutungsverlusts des Normalarbeitsverhältnisses. 3. Die Tendenz einer zunehmenden ‚Subjektivierung von Arbeit‘ (vgl. Herlyn et al. 2009: 10f.; Schönberger/Springer 2003).

5 Vgl. Voß 1998; Kratzer/Sauer 2003; Pongratz/Voß 2004; Gottschall/Voß 2005; Janczyk 2009.

Entgrenzung“, der „Entstehung neuer Grenzen“ (Voß/Weiß 2005: 139) und die kulturelle Subjektivierung von Arbeit und Arbeitskraft⁶, die seit den 2000er Jahren in den Vordergrund getreten ist – und worüber neue Selbstständigkeitsformen und Kulturdienstleister in den Blick geraten sind. Auch hier steht die *aktive* Subjektivierung im Zentrum, wenngleich es lange Zeit keine Studien zu Kulturunternehmer*innen in Deutschland gab.⁷ Unter Stichworten wie „Ich-AG“, „Selbst-GmbH“, „Selbstmanager“ oder „Selbstunternehmertum“ (ebd.: 141) lag das Forschungsinteresse vorrangig auf aktiven Subjektivierungsprozessen: Es ging um Leistungszunahmen im Zuge von Subjektivierungsprozessen. Zwar hat sich der Fokus im Laufe der Jahre von einer rein rationalisierten Betriebsarbeit (als Form der Subjektivierung von Arbeit) hin zu einer gesellschaftlichen Subjektivierung der Subjekte verlagert (vgl. Bröckling 2007). Noch immer ist die Subjektivierungsforschung allerdings stark betrieblich geprägt, wenn auch der Fokus auf die betriebliche Rationalisierung ab Mitte der 2000er Jahre zunehmend in Frage gestellt wird (vgl. Kleemann et al. 2019: 171).

In Bezug auf kreative Arbeitsformen, um die es in dieser Studie geht, richtet sich das Forschungsinteresse bis heute ebenfalls mehrheitlich auf Marktbehauptungen und damit verbundene Risiken.⁸ Formen von „kreative[r] Subsistenz“ im Sinne von Postwachstum (Paech 2014: 120ff.) oder politische Perspektiven, die damit verbunden sein können, spielen in der Arbeitssoziologie nahezu keine Rolle. Zwar wurde die *normative* Subjektivierung immer wieder berücksichtigt (so etwa bei Manske 2007; Euteneuer 2011 oder Nies 2015). Auch wird jüngst ein neues Solidaritätsbewusstsein in den Kulturbranchen prognostiziert (vgl. Kapitel 3.3.). Ansonsten wird Arbeitshandeln bislang als kein politisches Handeln untersucht. Selbiges gilt für das gestiegene Interesse gegenüber der interaktiven Arbeit, womit zwar die jahrelange Trennung zwischen instrumenteller Arbeit und Interaktion „fragwürdig“ geworden ist (Jochum 2018: 123). Die Arbeitssoziologie konzentriert sich jedoch weiterhin vorrangig auf betriebliche Prozesse oder, außerhalb davon, auf Kundenanbindungen (vgl. dazu Dunkel/Weihrich 2018) – interaktive Arbeit wird als keine mögliche gesellschaftspolitische Interaktion in den Blick genommen. Das gilt auch in Bezug auf heutige Naturverhältnisse, wo Arbeit als gesellschaftskonstituierender Begriff in Bezug auf die Natur, beeinflusst durch den Begriff der Interaktion bei Habermas, nicht vorkommt (vgl. Bammé 2018: 28). Ausnahmen bilden die Debatten um *Care*, womit ein Spannungsfeld von unbezahlter Hausarbeit und bezahlter Sorge- und Pflegearbeit gemeint ist – hier werden mittlerweile umweltbezogene und „interaktive, transformative politische, weltgestaltende Aktivität[en]“ ins Zentrum gerückt (Gottschlich/Hackfort 2022: 309). Allerdings wird die Care-Arbeit oft auf Sorgearbeit im Sinne einer Pflegebedürftigkeit reduziert. Kulturschaffende oder Kreativwirtschaft spielen

6 Vgl. Schönberger/Springer 2003; Voß/Weiß 2005: 139; Lohr/Nickel 2005; Minssen 2012. Insgesamt gehen beide Ansätze davon aus, dass sich vorherrschende Strukturen durch den tayloristisch-fordistischen Kapitalismus bedingt zusehends auflösen oder sich bereits aufgelöst haben.

7 Hervorzuheben sind an dieser Stelle die Studie von Charles Leadbeater und Kate Oakley (1999) sowie die von Birgit Mandel (2007) zu Kulturunternehmer*innen für den deutschsprachigen Raum (siehe dazu auch Euteneuer 2011: 72).

8 Vgl. Manske 2007, 2016a; Loacker 2010; Huber 2012; Reckwitz 2014.

keine Rolle. Fasst man die hier gegenübergestellten Diskurse zusammen, zielt die Subjektivierung von Arbeit in der Mehrheit auf keine mögliche politische Subjektivierung ab.⁹

3.2 Subjektivierung und Entgrenzung des Politischen

Wie unter Punkt 2.3 angeführt, existiert in der Politikwissenschaft bis heute keine vergleichbare empirische Subjektivierungsforschung. Das heißt nicht, dass Subjektivierungsprozesse unbedeutend sind oder nicht vorkommen. Es bedeutet nur, dass der Terminus Subjektivierung¹⁰ konzeptionell weniger in Erscheinung tritt – und in der Regel, abgesehen von der Policy-Entrepreneurship-Forschung, ohne Bezug auf Arbeitsprozesse Verwendung findet. Insgesamt teilt sich die politikwissenschaftliche Forschung heute in verschiedene Teilgebiete auf (vgl. Gabriel et al. 2020: 17) – in die politische Kommunikations-, Einstellungs- und Partizipations- oder Policyforschung: Während sich die politische Kommunikationsforschung mit Prozessen der Beschaffung und Verarbeitung politischer Informationen (vgl. Beierlein/Burger 2020), der interpersonalen Kommunikation (vgl. Schmitt-Beck/Schäfer 2020), mit Politik als Massen- (vgl. Schemer/Geiß 2020) oder Wahlkampfkommunikation (vgl. Eberl/Boomgaarden 2020) befasst, untersucht die Einstellungsforschung die Einstellungen der Bürger*innen gegenüber dem politischen System.¹¹ Die Partizipationsforschung nimmt dagegen politische Beteiligungsmöglichkeiten in den Blick¹², die Policyforschung (Politikfeldanalyse) wiederum die inhaltliche (*policy*) und praktische Dimension (*politics*) von Politik. Daran schließt auch die Policy-Entrepreneurship-Forschung an, die neues Unternehmertum in Beziehung zur Politik setzt.

Abgesehen vom letzten Ansatz hat Arbeitshandeln (verstanden als arbeitsinhaltliche *policy*-Dimension) in der Politikwissenschaft keinerlei Bedeutung. Das hat schon damit zu tun, dass die Politikwissenschaft hierzulande über Jahrzehnte traditionell geprägt war. Sie war nicht nur „auf Institutionen und Strukturen sowie politische Eliten und Entscheidungsträger konzentriert“ (Korte/Fröhlich 2009: 108). Die Kritikfähigkeit am politischen System spielte lange Zeit keine Rolle.¹³ Daran ändert auch die Tatsache wenig, dass

⁹ Auf Studien im Bereich der Kreativwirtschaft oder kreativen Arbeit, die das Gesellschaftliche fern oder ergänzend zu Marktbehauptungen herausstellen, wird im Abschnitt 3.3 gesondert eingegangen.

¹⁰ Auf die Begriffe *Subjektivität* und *Subjektivierung* und ihre Bedeutung für die politikwissenschaftliche Forschung wurde bereits in der Fußnote 30 auf Seite 26 Bezug genommen.

¹¹ Vgl. Niedermayer 2005; Bathelt et al. 2016; Roller 2016; Gabriel 2020; Gabriel et al. 2020 sowie Scherer/Roßteutscher 2020.

¹² Insgesamt lassen sich in der Politikwissenschaft die drei Dimensionen *polity* (Formen der politischen Ordnung und entsprechende Institutionen), *politics* (Prozesse, Konflikte und Entscheidungen) und *policy* (Inhalte, Themen, programmatische Ausrichtungen und Zielsetzungen) unterscheiden. Auf einzelne Aspekte und deren Relevanz für diese Studie wird im Methodenteil zurückzukommen sein.

¹³ Das hat wiederum in hohem Maße mit der Civic-Culture-Studie von Almond und Verba (1963) zu tun, die bis heute als wegweisend für die politische Einstellungsforschung gilt (vgl. Gabriel 2020: 230): Einerseits ist die Civic Culture Bindeglied zwischen Individuum und Staat. Andererseits ha-

das Individuum vom Behaviorismus beeinflusst in den 1950er Jahren in den Blick geraten ist (vgl. Gabriel et al. 2020: 18) und Partizipationsformen ab den 1960er Jahren auf das Kontaktieren von Politiker*innen, Beamten und Behörden sowie im Anschluss auf Aktivitäten in Vereinen und Verbänden erweitert wurden (vgl. van Deth/Zorell 2020: 393) – noch immer blieb die Perspektive vorrangig auf Wahlbeteiligungen und Parteiaktivitäten beschränkt. Erst die Studie „Political Action“ von Barnes, Kaase u.a. (1979)¹⁴ legte den Grundstein dafür, dass sich eine breit angelegte Partizipationsforschung¹⁵ entwickeln konnte. Nicht zuletzt haben sich davon beeinflusst in den letzten Jahren neben *instrumentellen* Ansätzen der Partizipation zahlreiche neue *expressive* Deutungsmuster durchgesetzt (vgl. van Deth/Zorell 2020: 395) – letztere zielen beispielsweise auf ethische und moralische Standpunkte der Individuen ab, und dazu sind mitunter Formen des politischen Konsums in den Blick geraten. Politische Produktion kommt jedoch nicht vor.

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie wurden bereits unter Punkt 2 dargelegt. Der Hauptgrund ist allerdings der, dass für ein Verständnis von Partizipation noch immer Aspekte wie Freiwilligkeit, Politikadressierung und eine Form der „Nichtberufsmäßigkeit“ gelten (vgl. Gabriel 2022: 16). In der Folge fehlt bis heute sowohl ein Handlungsmodell zur Subjektivierung des Politischen, das Arbeitsformen erfasst, als auch eine „elaborierte Theori[e] politischen Handelns“ (Bluhm/Gebhardt 2001: 11), das an Arbeitsformen anschließen könnte – sieht man einmal von Rational-Choice-Modellen ab.¹⁶ Bemerkenswert ist überdies, dass in der sogenannten *argumentativen* und *interpretativen* Policy-Analyse Akteure heute „außerhalb formaler Gesetzgebungsprozesse und Institutionen“ analysiert werden (Münch 2016: V; vgl. auch Schneider/Ingram 1993: 337f.; Fischer 1997: 264f., 2017).¹⁷ Dazu sind insbesondere welche aus der Umweltbewegung und Umweltpolitik in

ben Almond/Verba ein Übereinkommen zwischen den Einstellungen der Bürger*innen und der staatlichen Performanz vorausgesetzt (vgl. Maiolino 2014: 50; Gabriel et al. 2020: 34).

- 14 In der Studie definieren Kaase/Marsh politische Partizipation als „all voluntary activities by individual citizens intended to influence either directly or indirectly political choices at various levels of the political system“ (Kaase/Marsh 1979: 42). Max Kaase hat diese Definition wenig später erweitert. Danach steht politische Partizipation für Handlungen, die Bürger*innen einzeln oder in Gruppen „freiwillig“ mit dem Ziel unternehmen, um „Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems [...] zu beeinflussen“ (Kaase 1997: 160; siehe auch Pickel 2012: 41 oder Gabriel 2022: 16). Daraufhin hat sich ein breites Verständnis von Partizipation durchgesetzt, das sich weder nur auf bestimmte Phasen noch nur auf spezifische Bereiche der Politik reduziert (vgl. van Deth/Zorell 2020: 395). Allerdings repräsentiert Kaase mehr die oben dargelegten *instrumentellen* Formen der Partizipation, wonach sich das Handeln auf die Systemebene der Politik bezieht (vgl. ebd.).
- 15 Als wegweisend für die politikwissenschaftliche Einstellungs- und Partizipationsforschung gilt zudem die Studie „The American Voter“ (Gabriel et al. 2020: 17f.).
- 16 Nach der Theorie der rationalen Wahl oder Rational-Choice-Theorie (RCT) vollzieht das Individuum rationale nutzenmaximierende Entscheidungen im Sinne von „Kosten- und Nutzen-Aspekten“ (Detjen et al. 2012: 71). Der RCT-Ansatz geht davon aus, dass „gesellschaftliche Phänomene als unbeabsichtigte Resultate absichtsvollen Handelns entstehen können“ (Diefenbach 2009: 239; siehe weiterführend Fuchs 1995: 137; Behnke 2001: 434ff.; Ladwig 2010: 85; Detjen et al. 2012: 71; Buchstein 2012: 24ff.).
- 17 Ausgangspunkt der Debatte ist die sogenannte *interpretative* oder *argumentative* Wende, wonach „Politikverläufe nicht mehr nur aus Nutzenmaximierungskalkülen erklärt oder als rationale Problemlösung verklärt“ werden, „sondern [...] sprachlich vermittelte und geprägte Interpretations-

den Blick geraten (vgl. Fischer 1997: 264f., 2003: 100f., 2017; Hajer 1995: 68ff.). Kreativakteure und Formen des Selbsterstellens kommen aber nicht vor. Das gilt auch für die Policy-Entrepreneurship-Forschung, die so wie die *interpretative Policy-Analyse* im anglo-amerikanischen Raum große Reputation hat, hierzulande jedoch vergleichsweise unbedeutend ist. Der Begriff *Policy Entrepreneure* wurde erstmals systematisierend von John Kingdon (1984) gebraucht. Kingdon wies in einer Studie mit 23 Einzelinterviews nach, dass Unternehmer*innen teilweise großen Einfluss auf die Gesundheitsökonomie, und damit auf die Politik, haben.¹⁸ Der Begriff zielt insgesamt auf den Innovationscharakter von Unternehmen ab, um „Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung und Förderung von Politikwandel“ bereitzustellen (Grimm 2011: 451) – und bis heute gibt es eine Reihe von Untersuchungen, so etwa von Andreas Nagel (2009) zu politischen Entrepreneuren im Gesundheitswesen, der auch den Begriff „politische Entrepreneure“ verwendet. Allerdings kommen Policy Entrepreneure weder in der deutschsprachigen Designforschung vor, noch wurden Formen des (unternehmerischen) Selbsterstellens im Kontext von Policy Entrepreneurship untersucht. Auch gilt das unternehmerische Handeln in den Ansätzen als vorausgesetzt¹⁹, was für diese Studie nicht vorausgesetzt werden kann. Das Gegenmodell dazu bietet die Subpolitik bei Beck (1993), der weder das Unternehmerische noch die institutionelle Seite der Politik fixiert. Becks Subpolitik bezieht sich auf „Akteure außerhalb des politischen oder korporatistischen Systems“ (Beck 1993: 162, H. I. O.), die um die „Gestaltungsmacht des Politischen“ ringen. Beck zielt somit auf einen weiten Politikbegriff ab und nimmt dazu auch Arbeitsformen in den Blick. Allerdings führt er Arbeit als Kategorie nirgends systematisch ein. Auch wurde die Subpolitik nie konsequent auf die politikwissenschaftliche Analyse übertragen – trotz der eben genannten *expressiven* Ansätze der Partizipation und der *interpretativen* Policy-Analyse. Das heißt, dass auf der einen Seite bis heute eine unternehmerische Positionierung durch das Konzept Policy Entrepreneurship dominiert, auf der anderen Seite der Begriff Subpolitik rein theoretisch bleibt. Zwar gab es Vorhaben, Konzepte wie Fairtrade unter Aspekten der Subpolitik zu beleuchten (so etwa bei Holler 2007). Ansonsten gilt

prozesse und Interpretationskämpfe“ sind (Münch 2016: V). Auch Kenner, Netzwerke und Gremien sind dadurch in den Blick geraten, die Wissen von außerhalb an die Politik herantragen (vgl. Schneider/Ingram 1993: 337f.; Fischer 1997: 264f.; Rüb/Straßheim 2012: 384f.; Münch 2016: 111ff.).

- 18 Das heißt, dass Einzelakteure im Konzept *Policy Entrepreneurship* vorkommen. Mintrom/Norman machen allerdings deutlich, dass Policy Entrepreneure als Einzelakteure oft nur Ideengeber oder Anstifter sind, woraus unternehmerische politische Zusammenarbeit wird: „Like their counterparts in business, policy entrepreneurs are team players. Individuals are often the instigators of change, but their strength does not come from the force of their ideas alone, or from their embodiment of superhuman qualities“ (Mintrom/Norman 2009: 653).
- 19 Deutlich wird das etwa in den eben genannten Arbeiten von Mintrom/Norman (2009), die das Handeln von Policy Entrepreneuren u.a. als Reaktion auf Politikversagen systematisieren, oder in Kingdons Multiple-Streams-Modell (1984), das von drei Prämissen ausgeht: der Problemkennung (*Problem-Strom*), Entscheidungsfindung (*Politics-Strom*) und Lösungserarbeitung (*Policy-Strom*). Alle drei Ebenen beziehen sich sowohl auf die unternehmerische Leistung als auch auf die Politik im Sinne von Agenda-Setting. Die drei Ströme ermöglichen sogenannte „Windows of Opportunities“, wonach Policy Entrepreneure Chancen nutzen, um über unternehmerisches Handeln Einfluss auf die Politik zu nehmen.

das Interesse vorrangig dem politischen Konsum²⁰ und keiner (möglichen) politischen Produktion.²¹

Letzteres zeigt sich insbesondere in den Forschungsarbeiten von Jan van Deth²², der das Kaufen fairer und den Boykott unfairer Produkte unter politischen Beteiligungsaspekten untersucht hat, die Gegenseite aber, das Produzieren fairer Produkte, außer Acht lässt – wenngleich er das öffentliche Bekenntnis von Unternehmen zu ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung erwähnt (vgl. van Deth/Zorell 2020: 406). Nicht zuletzt wird diese Form der Nichtberücksichtigung in der soziologisch politischen Konsumforschung komplettiert. Hier werden Unternehmen seit Jahren als „kollektive Weltbürger“ begriffen (Curbach 2007; siehe auch Lukas 2007). Formen der Selbstproduktion kommen nicht vor.

3.3 Diskurs um Kulturschaffende und Kulturunternehmer*innen

Künstler*innen, Kulturschaffende und Akteure aus der Kreativwirtschaft sind seit über zwei Jahrzehnten Gegenstand der soziologischen Forschung.²³ Zunächst gerieten Mitte der 1990er Jahre die klassischen Künstlerarbeitsmärkte in den Fokus. Im Anschluss wurden andere Berufe berücksichtigt, so etwa die Bereiche Journalismus und Design (vgl. Betzelt 2006; Manske 2016a), Werbung (Koppetsch 2006) oder Musik als Szene- wirtschaft (Kühn 2016). Neben objektiv erhobenen Rahmendaten wurden Kulturakteure vor allem qualitativ erforscht, wozu auch der Querschnittsbereich Design gehört. Im Zentrum stehen bislang allerdings vorrangig Marktzugänge und entsprechende Positionierungen.²⁴ Die *normative* Subjektivierung – Sinnansprüche im Arbeitskontext (siehe Punkt 2.2) – wird zwar immer wieder berücksichtigt. Sie wird aber als keine politische Subjektivierung in Form arbeitsinhaltlicher Zielsetzungen untersucht. Vielmehr wird argumentiert, dass die hohen Sinnansprüche wie eine Art „Schutzfunktion gegenüber ökonomischen Anforderungen“ wirken und „ein einseitiges Umschlagen von Marktimperativen auf die berufliche Handlungsweise“ verhindern (Euteneuer 2011: 67ff.; vgl. auch Betzelt 2006; Betzelt/Gottschall 2007). Und vor allem wird darin ein Einfallsstor

20 Vgl. dazu Baringhorst et al. 2007; Aßländer 2011: 62; Neller/van Deth 2006; van Deth 2013a, 2014; van Deth/Zorell 2020.

21 Diese Perspektive verwundert nicht zuletzt darum, weil Produktion und Konsum seit 2015/2016 als wechselseitige Nachhaltigkeitsziele in den sogenannten 17 Nachhaltigkeitszielen der UN ausgewiesen werden. Damit wird Produktion eine gesellschaftspolitische Relevanz zugesprochen (vgl. Neckel 2018: 11f.; Filho 2019: 36; von Hauff 2019; Herlyn/Lévy-Tödter 2020; zuletzt Melde 2021: 327). Eine der wenigen Ansätze, die Produktion als Faktor berücksichtigen und unternehmerisches Handeln unter Beteiligungsaspekten diskutieren, ist der Ansatz von Saskia Richter. Richter versteht unternehmerisches gesellschaftliches Engagement als „alternative Form der Partizipation“, die als „Ergänzung zu politischer Partizipation durch Parteien“ gelten könne (Richter 2013a: 170).

22 Siehe dazu van Deth 2014: 358; Vetter/Remer-Bollow 2017: 63; van Deth/Zorell 2020.

23 Siehe dazu Haak/Schmid 1999, 2001; Gottschall/Betzelt 2003; Eikhof/Haunschmid 2004; Haak 2005; Betzelt 2006; Koppetsch 2006; Betzelt/Gottschall 2007; Manske 2007, 2016a, 2016b; Manske/Schnell 2018; Loacker 2010; Huber 2012; Krämer 2014; Reckwitz 2014; Marguin/Losekandt 2018; zuletzt Kannler et al. 2019; Copercini 2019.

24 Vgl. Manske 2007, 2016a; Euteneuer 2011; Basten 2016; Copercini 2019.

zur Selbstökonomisierung ausgemacht: Erst die hohen Sinnansprüche würden dazu führen, dass soziale Risiken überdeckt werden (vgl. Manske 2016a: 372).

Damit sind arbeitsinhaltliche Sinnkontexte bislang als keine gesellschaftspolitischen Zielsetzungen in Arbeitsprozessen untersucht worden. Gleichwohl gibt es Studien, die in diese Richtung weisen. Zu nennen wäre Sigrid Betzels Erhebung, die auf Basis qualitativer Daten zu dem Schluss kam, dass neben Journalist*innen und Übersetzer*innen auch Designer*innen „übergeordnete Ansprüche“ an ihr berufliches Handeln stellen, indem sie über gesellschaftliche Missstände aufklären wollen (Betzelt 2006: 35f.).²⁵ An anderer Stelle hat eine Studie von Matthias Euteneuer moralische Wertvorstellungen unter Selbstständigen in der Kreativwirtschaft in den Blick genommen, mit dem Ergebnis, dass ethische und wertrationale Handlungsmuster mit zweckrationalen koexistieren (Euteneuer 2011: 129ff.).²⁶ Und eine Studie von Michael Maxein hat schließlich nach gesellschaftlichen Leitbildern und entsprechenden Forderungen an Gesellschaft durch Designakteure gefragt, die an die Politik gestellt werden (vgl. Maxein 2013: 248ff.)²⁷ – dem wären noch diverse Designansätze hinzuzufügen, die Designtheorien mit politikwissenschaftlichen Perspektiven verbinden (vgl. das Kapitel 4.3.2f). Ansonsten steht kreative Arbeit vor allem in der Arbeitssoziologie für Prozesse der Selbstökonomisierung, erst jüngst kommt hier etwas Bewegung ins Spiel. So legten Bastian Lange et al. bereits vor Jahren den Fokus auf die „Selbststeuerung“ und „Selbstorganisation“ von Kreativakteuren (Lange et al. 2009: 15ff.). Catherine Robin wendete sich zudem von der Engführung ab, Kreativität alleinig am Markterfolg zu bemessen (Robin 2017: 35) – und Alexandra Manske (2023) stellt jüngst ein neues Solidarisierungsbewusstsein in der freien Szene am Beispiel der Darstellenden Künste heraus.²⁸ Nicht zuletzt haben Kannler et al. (2019) in einem Sammelband das Verhältnis von Kreativität und Kritik neu beleuchtet. Allerdings fehlen auch hier politikwissenschaftliche Betrachtungen.

-
- 25 Betzelt charakterisiert dazu drei Typen, wobei derjenige „am weitesten verbreitet“ sei (Betzelt 2006: 35), der ein berufliches Selbstverständnis als „*Beruf als Berufung*“ erkennen lässt (ebd.: H. i. O.). Bei diesem Typ diene der Beruf in erster Linie der kreativen Selbstverwirklichung, erst in zweiter oder dritter Hinsicht dem Gelderwerb. Charakteristisch ist nach Betzelt eine Entgrenzung zwischen Berufs- und Privatperson durch Aussagen wie „*der Beruf ist mein Hobby*“ oder „*Designer ist man mit Leib und Seele*“ (ebd.: 35, H. i. O.). Auch ist bei Journalist*innen und wenigen Designer*innen eine „gewisse Orientierung an gesellschaftlichen Zielen des Gemeinwohls“ zu erkennen, um etwa „Aufklärung über gesellschaftliche Missstände“ zu betreiben (ebd.: 35f.).
- 26 Euteneuer unterscheidet insgesamt fünf Typen, hervorzuheben sind vor allem der berufsethische und Herzblut-Unternehmer: Ersterer gründet ein Unternehmen, „um berufsspezifische Wertvorstellungen verwirklichen zu können“ (Euteneuer 2011: 129). Beim Herzblut-Unternehmer bleibt dagegen eine „basale wertrationale Bindung an das Tätigkeitsfeld unabdingliche Grundlage des betriebswirtschaftenden Handelns“ (ebd.: 146).
- 27 Hierzu wurden Fragebögen an Institutionen wie dem IDZ, VDID oder Agenturen wie EFA versendet. Insgesamt handelt es sich dabei um 50 Fragebögen, von denen 17 beantwortet wurden. Ergänzend zu allgemeinen Unternehmens- und Organisationsdaten wurden arbeitsorganisatorische und nachhaltigkeitsrelevante Aspekte im Arbeitsalltag abgefragt (siehe dazu Maxein 2013).
- 28 Während Manske in ihren älteren Arbeiten eine mögliche politische Perspektive herausstellt, die sich auf Abwehrhaltungen gegen Subjektivierungszuschreibungen bezieht (siehe zur Vertiefung Fußnote 10 auf Seite 20), thematisiert sie jüngst neue Formen der Solidarität, wonach politische Subjektivierung für neue Anspruchshaltungen auf politische Teilhabe steht.

Insgesamt mangelt es an Vorhaben, Formen von „politische[r] Kreativität“ (Leggewie 1994: 11; vgl. Bluhm 2001, 2012) mit einer arbeitssoziologischen Perspektive zu verknüpfen – und in Bezug auf die Nachhaltigkeit unter politikwissenschaftlichen Aspekten zu untersuchen.

3.4 Forschungszusammenhang Arbeit, Politik und Nachhaltigkeit

Der Zusammenhang von Arbeit, Politik und Nachhaltigkeit ist kein eigenständiger Forschungsbereich. Da sich die Forschungsfrage der Studie auf diesen Querschnitt bezieht, werden an dieser Stelle wichtige Forschungsergebnisse aufgezeigt, die für diese Schnittstellenthematik relevant sind. Zunächst lässt sich sagen, dass der Schwerpunkt Nachhaltigkeit forschungsübergreifend an Bedeutung gewinnt: In der Demokratieforschung wird auf die „Herausforderung für die Politik“ hingewiesen (vgl. Zentrum für Ethik und Nachhaltigkeit 2014). In der stark wirtschaftlich ausgerichteten Nachhaltigkeitsforschung wird an neue „Nachhaltigkeit in der Politik“ appelliert (Pufé 2017) – oder es werden politische Konsument*innen²⁹ in der politischen Konsum-/Beteiligungsforschung in den Blick genommen. Zudem führt die Arbeitssoziologie die eingangs angeführte „erweiterte Subjektperspektive“ der Nachhaltigkeit ins Feld (Warsewa 2016: 47; Becke/Warsewa 2017: 25ff.). Arbeitsinhaltliche Sinnansprüche, neue gesellschaftspolitische Fragestellungen und Ökologieperspektiven geraten dadurch in den Blick. Letzteres spiegelt sich nicht zuletzt in einer vom Bundesarbeitsministerium (BMAS 2016) beauftragten Studie zum Schwerpunkt „Arbeiten 4.0“ wider, wonach Arbeitssubjekte „weitreichende Eigenverantwortung leben“ und ihr „eigenes Berufsbild kreativ gestalten“ wollen. Die Befragten wollen eigene „Ideale in der Arbeitswelt“ verwirklichen (BMAS 2016: 30). Zugleich befürchten sie, dass sie künftig „in einer Welt ohne sozialen Halt“ leben, „auf der Strecke [...] bleiben“ und „den Interessen der Wirtschaft ausgeliefert“ sind (ebd.; siehe auch Becke/Warsewa 2017: 25).

Das Entscheidende ist, dass in der Studie auch Designakteure vorkommen, sich aber auf keine politikwissenschaftliche Perspektive bezogen wird. Das gilt weitestgehend auch für die soziologische Nachhaltigkeitsforschung (vgl. Henkel et al. 2021). Hier wird die „Bedeutung einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Unternehmen und Konsumenten“ hervorgehoben (vgl. Antoni-Komar et al. 2012: 298; Neuhäuser 2012: 278ff.). Auch wird an die Verantwortung des Einzelnen appelliert. Einzelakteure aus der Kultur und Kreativwirtschaft spielen aber weder im Kontext nachhaltiger Arbeit noch unter Aspekten des politischen Handelns und auch nicht in der politischen Beteiligungsfor schung eine Rolle. Insgesamt lassen sich jedoch drei Querschnittsfelder anführen, in denen, neben der bereits angeführten Policy-Entrepreneurship-Forschung, Arbeitsformen unter politischen Gesichtspunkten berücksichtigt werden: Erstens lässt sich der Forschungszusammenhang von Arbeit und Politik anführen, der Ansätze von der

29 Vgl. Baringhorst et al. 2007; Aßländer 2011: 62; Busse 2006; Neller/van Deth 2006; van Deth 2013a, 2014; van Deth/Zorell 2020; Baringhorst/Witterhold 2019.

„Mikropolitik“³⁰ und „Arbeitspolitik“³¹ bis zur „Bürgerarbeit“ vereint. Die Ansätze haben für diese Studie allerdings nur eine bedingte Relevanz: Der Mikropolitik-Ansatz untersucht die Handlungsspielräume der Subjekte in den Betrieben und Organisationen. Der Arbeitspolitik-Ansatz ist mehr als gesamtgesellschaftlicher Regulierungszusammenhang von Arbeit und Politik zu verstehen – weder stehen Nachhaltigkeitsaspekte noch Einzelpersonen geschweige denn arbeitsinhaltliche Positionierungen im Zentrum.³² Erst die Bürgerarbeit bei Beck (1999) legt den Fokus sowohl auf Einzelakteure als auch auf arbeitsinhaltliche Aspekte. Allerdings ist die Bürgerarbeit kein politisches Handeln durch die Selbstorganisation. Sie ist ein staatlich organisiertes Regulierungsinstrument (vgl. Scherhorn 2000: 350; Dettling 2000: 211ff.; Bermes 2008: 55).³³ Dass sowohl das Subjekt als auch die Eigeninitiative in den Vordergrund treten, löst erst die politikwissenschaftliche Partizipationsforschung ein. Hier sind über die Jahre neben den klassischen Beteiligungsformen von der Wahlbeteiligung (vgl. Niedermayer 2005: 195; Steinbrecher 2020), den Beteiligungen an direktdemokratischen Verfahren (vgl. Vatter et al. 2020; Klein 2020) und Formen der Deliberation (vgl. Götz 2017; Landwehr 2020) vor allem die bereits angesprochenen *expressiven* Partizipationsvarianten unter Nachhaltigkeitsaspekten gewichtet worden (vgl. Micheletti 2003: 14ff.; van Deth/Zorell 2020: 395ff.). Aber auch hier kommen Einzelakteure aus dem Bereich der Arbeit nicht vor. Diese Lücke schließt erst ein dritter Forschungszugang, die bereits angesprochene

-
- 30 Der Begriff Mikropolitik wird in zweierlei Hinsicht verwendet: Zum einen steht er in der Betriebssoziologie in Anlehnung an die Arbeiten von Burns (1962), Ortmann (1992) u.a. für Mitbestimmungsprozesse in den Betrieben (siehe auch Minssen 2013; Bosetzky 1992, 2019; Scheele 2008: 73). Zum anderen taucht der Begriff in Philosophie und Politikwissenschaft auf. So zielt die Mikropolitik bei Krause/Rölli (2010) beispielsweise in Rückgriff auf Deleuze und Guattari auf „die Vielzahl interagierender Bewegungen“ ab, „die das gesellschaftliche Feld durchziehen“ und „die real sind, ohne repräsentativ zu sein“. An anderer Stelle wird die Mikropolitik als Form der Subpolitik behauptet (so etwa bei K. Jain 2000, 2001 oder Jameson 1991), die das politisch Ganze zu reflektieren habe, „um Politik im eigentlichen, radikalisierten Sinn zu sein“ (K. Jain 2001: 1). Im Zuge zunehmender Fragmentierungen drohe sie jedoch ihre Konturen zu verlieren (so die Prognose von Jameson 1991, vgl. dazu K. Jain 2001: 2).
 - 31 Der Arbeitspolitik-Ansatz geht auf Naschold u.a. zurück (vgl. Jürgens/Naschold 1982; Naschold/Jürgens 1983). Er geht insgesamt von einem Politikverständnis aus, das alle gesellschaftlichen Aktivitäten als politische Dimensionen erfasst. Dabei ist Arbeit bislang weder eine „politikwissenschaftliche Schlüsselkategorie“ noch ist die Rolle des Subjekts hinreichend berücksichtigt worden (Scheele 2008: 49ff.; siehe auch Kuhlmann 2013). Das Kapitel 4.1.1 wird darauf zurückkommen.
 - 32 Anzuführen ist an dieser Stelle vor allem der Ansatz von Michael Burawoy, der zwischen *Politics in Production* und *Politics of Production* unterscheidet: Ersteres zielt auf die betriebliche Mikropolitik und die sozialen Arbeitsbeziehungen in Arbeitsorganisationen ab. Zweiteres bezieht sich vorrangig auf die staatliche Arbeits(markt)- und Wohlfahrtspolitik (vgl. Burawoy 1979, 1985). Das Kapitel 4.1.1 wird den Ansatz vertiefen (siehe weiterführend Keller 2008a; Scheele 2005, 2008: 67; Bosetzky 1992, 2019).
 - 33 Nach Scherhorn ist die Bürgerarbeit in Anlehnung an Beck „Gemeinschaftsgüter bezogene Arbeit“, die auf das nichtentlohnte, aber „alimentierte Engagement für mitmenschliche, nachbarschaftliche, kommunale, regionale oder überregionale Einrichtungen oder Angelegenheiten“ abzielt (Scherhorn 2000: 350). Damit fasst Scherhorn den Begriff wesentlich weiter als Beck, da er darunter die „private Bürgerarbeit“ versteht (ebd.: 351, H. i. O.), die im Gegensatz zu öffentlicher Bürgerarbeit im Sinne Becks aus „individueller Initiative“ erfolge und von „einzelnen beschlossen und betrieben“ werde (ebd.: 350f.).

„erweiterte Subjektperspektive“ (vgl. Kapitel 2). Hier werden sowohl Arbeit als auch Nachhaltigkeitsaspekte gewichtet und mögliche politische Zielsetzungen erwogen – und dazu sind über die Jahre eine Reihe von Forschungsansätzen entstanden.³⁴ Wie Warsewa (2016) in einer Übersicht darstellt, wurden bereits vor Jahren wachstums- und industrikritische Positionen im Arbeitskontext untersucht, mit dem Ergebnis, dass sie bei Jüngeren und gut Qualifizierten sowie bei Facharbeiter*innen erkennbar sind (vgl. auch Kern/Schumann 1984). Auf der anderen Seite kamen Studien zu dem Schluss, dass defensive Positionierungen zu Ökologiefragen ebenso zu beobachten sind (vgl. Heine/Mautz 1989; Bogun et al. 1990; Warsewa 2016: 38).

Hervorzuheben sind für die soziologische Forschung vor allem zwei große Nachhaltigkeitsstudien, die großen Einfluss auf die Forschung hatten – zum einen das Verbundprojekt *Arbeit und Ökologie* der HBS (2000), zum anderen die Studie zu *Zukunftsfähiges Deutschland*, die von BUND/Misereor (1996) in Auftrag gegeben wurde. Im Zentrum standen Fragen zum Zusammenhang von Arbeit und Umwelt. Autoren wie Warsewa kritisieren allerdings, dass wachstumskritische Diskussionen um Arbeitszeit und Grundeinkommen darin verengt wurden. Auch habe man „emanzipatorische, kritische, widerständige Potentiale gegenüber den ökologischen Problemen und ihren Folgen“ im Betrieb bzw. in der konkreten Arbeitserfahrung der Beschäftigten kaum thematisiert (Warsewa 2016: 43). Zudem hat sich die Perspektive im Anschluss „von Handlungszielen auf eine sehr allgemeine, gesamtgesellschaftliche Ebene der Steuerung und Regulierung“ der Nachhaltigkeit verlagert (ebd.) – das Forschungsinteresse lag mehr auf der neoliberalen Vereinnahmung des Arbeitssubjekts. Erst jüngst richtet sich der Blick (wieder) auf die eben angeführte „erweiterte Subjektperspektive“ der Nachhaltigkeit. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Fokus erstens seit Jahren auf der Ungleichheits- und Hierarchiedynamisierung liegt, die aus dem sozioökonomischen Wandel resultiert.³⁵ Zweitens zeigt sich seit den letzten Jahren, dass zivilgesellschaftliche Assoziationen zu bürger-schaftlichen Engagementformen im Spannungsfeld von formeller und informeller Arbeit in den Blick genommen werden (siehe auch Mautz 2016).³⁶

Zu betonen ist abschließend, dass das Selbermachen, wie unter Punkt 2 angeführt, in der Arbeitssoziologie vorrangig als erwerbsfreie Arbeit thematisiert wird. Darüber wird

34 Bis in die 1980er Jahre gab es hierzulande keine eigenständige sozialwissenschaftliche Umweltforschung (vgl. Warsewa 2016: 33ff.). Auch hat das Thema Umwelt in der damaligen Arbeits- und Industriesoziologie keine Rolle gespielt (vgl. Barth et al. 2016a: 17f.). Erst seit den 1990er Jahren liegt das Forschungsinteresse auf einem ökologischen Verantwortungsbewusstsein von Arbeitnehmer*innen (vgl. Hoff/Lecher 1995; siehe dazu Warsewa 2016: 33ff.).

35 So rät Sighard Neckel, Nachhaltigkeit in der Soziologie erst gar nicht aus einer „gesellschaftlichen Teilnehmerperspektive“ zu untersuchen (Neckel 2018: 13). Vielmehr müsse es um Macht- und Hierarchieverhältnisse gehen, die aus der nachhaltigen Transformation resultieren. Auch die Publikation *Soziologie der Nachhaltigkeit*, die eine erweiterte soziologische Forschungsperspektive fordert (vgl. Henkel et al. 2021: 17), verknüpft die Ebene einer „deskriptiv-analytischen“, „kritisch-normativen“ und „praktisch-politischen“ Reflexivität mit keiner politikwissenschaftlichen Perspektive (vgl. ebd.: 13ff.). Im „Mehrebenenmodell“ von Wendt zu Utopien und Dystopien einer Soziologie der Nachhaltigkeit fehlt zudem Arbeit als Kategorie (Wendt 2021: 169).

36 Sogar Formen der Widerständigkeit werden mittlerweile unter Nachhaltigkeitsaspekten beleuchtet (vgl. Corrêa/Nowak 2016). Sie werden aber als kein politisches Handeln untersucht. Auch spielen Kreativakteure keine Rolle.

zwar ein „emanzipatorisches Potenzial“ geltend gemacht, allerdings nur, wenn es sich um erwerbsfreie Eigenarbeit handelt (so etwa bei Scherhorn 2000: 350ff.). Vergleichbares lässt sich für Ansätze im Bereich der Lebensführung³⁷ oder zu nachhaltigen Lebensstilen³⁸ sagen (Lange 2002: 205ff.).³⁹ Eine Gegenperspektive dazu bildet die stark wirtschaftlich ausgerichtete Entrepreneurship-Forschung⁴⁰, die unternehmerische Perspektiven positionieren. Abschließend ließe sich noch die sozial-ökologische Transformationsforschung anführen, die Bereiche von der solidarischen Landwirtschaft über Repair-Cafés bis hin zu offenen Werkstätten oder urbanen Ernährungsbewegungen untersucht. Hier zeigt sich, dass die Motive der Akteure davon zeugen, den Kapitalismus von innen heraus überwinden zu wollen (vgl. Dobernig/Stagl 2015) oder die Gesellschaft ökologisch umzugestalten (vgl. Schlosberg/Coles 2016; Kropp/Stinner 2018; siehe auch Deflorian 2020: 224). Allerdings fehlen auch hier Untersuchungen an der Schnittstelle zur politikwissenschaftlichen Forschung.

-
- 37 Der Lebensführungsansatz geht auf den Sonderforschungsbericht „Entwicklungserspektiven von Arbeit“ an der Ludwig-Maximilian-Universität München zurück (Scholl/Hage 2004: 15f.). Ausgangspunkt dazu ist der Begriff der Lebensführung bei Max Weber. Im Fokus des Ansatzes stehen individuelle Handlungsmuster, Präferenzen und Lebensstile, die sich zu einem Ganzen des Alltäglichen der Arbeit verbinden (siehe weiterführend dazu Voß 1995: 25; Kudera 2000; Kudera/Voß 2000; Voß 2021).
 - 38 Lebensstile werden in dieser Studie in Anlehnung an Reusswig als „gruppenspezifische Formen der individuellen Lebensführung und -deutung“ verstanden. „Sie beschreiben typische Muster der Organisation des Alltags, der Identitätsbildung, der Sinngebung (oder des Sinnbastelns), der Kommunikation und der Stilisierungsversuche) des Selbst“ (Reusswig 2002: 158).
 - 39 Bezogen auf den Diskurs um das Selbermachen ist vor allem die Studie „Rückkehr zur Handarbeit als Teil eines neuen an Nachhaltigkeit orientierten Lebensstils?“ von Sylla (2016) zu nennen. Sylla versteht das Selbermachen als nachhaltige Lebensführung. Sie lässt aber die Frage außen vor, ob es sich ggf. um neue Unternehmensformen handeln kann, die politisch sind.
 - 40 Siehe dazu Hackenberg/Empt 2011; Stein 2011, 2015; Schaltegger/Petersen 2001; Clausen 2004; Hockerts/Wüstenhagen 2010; Gebauer/Ziegler 2013. Hier schließen auch Ansätze aus der Designforschung an, auf die bereits im letzten Kapitel hingewiesen wurde.